

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Wohnheimprogramm für Studierende auflegen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für ein Wohnheimprogramm für bundesweit mindestens 45.000 zusätzliche Wohnheimplätze in Trägerschaft der Studierendenwerke einzusetzen. Für die Förderung studentischen Wohnraums sind zusätzliche Mittel, zweckbestimmt im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung des Bundes, bereitzustellen. Alternativ ist eine Grundfinanzierung von Studierendenwerken durch die Bundesregierung einzuführen.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Wir brauchen spürbar mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende an den Hochschulstandorten des Landes. Die soziale Wohnraumförderung kann dies nicht leisten, zumindest nicht in der Höhe, die in den kommenden Jahren dafür vorgesehen ist.

Gemäß Koalitionsvertrag auf Bundesebene ist eine Förderung zur Schaffung studentischen Wohnraums, u. a. auch Wohnheimplätze, vereinbart worden. Eine Umsetzung dieser Vereinbarung dahingehend, dass die Schaffung von Wohnheimplätzen ein mögliches Einsatzfeld der sozialen Wohnraumförderung sein soll, ist in keiner Weise ausreichend. Aktuell ist von einer Absenkung des Förderniveaus des Bundes für die soziale Wohnraumförderung sowie einer Verschiebung der Mittelaufteilung auf die Länder zu Ungunsten Mecklenburg-Vorpommerns auszugehen.

Ein Abzweigen von Mitteln für die Schaffung von Wohnheimplätzen würde den sozialen Wohnungsbau und die Anpassung des Bestandes an eine älter werdende Bevölkerung sowie Klimaschutz und Klimaanpassung schwächen. Deshalb ist eine Initiative des Landes dringend geboten.

Nicht nur zu Semesterbeginn ist die Notlage Studierender aufgrund fehlenden Wohnraums, insbesondere in Rostock und Greifswald, besonders groß. Wenn Mecklenburg-Vorpommern weiterhin für tausende Studierende attraktiv bleiben will und möglichst viele der Absolventinnen und Absolventen auch ihre Lebensperspektive hier im Land finden sollen, sind die Studienbedingungen im Bereich preiswerten Wohnens dringend zu verbessern. Gleichzeitig würde das den angespannten Wohnungsmarkt in den Universitätsstädten entlasten.